

Liebe Freundinnen und Freunde

DIE LINKE.Neukölln steht an der Seite der Kurdinnen und Kurden im Kampf gegen Unterdrückung.

DIE LINKE setzt sich ein:

- Für einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei und
- einen Abschiebestopp in die Türkei, den Irak, Iran und Syrien.
- Für das Ende der Kriminalisierung und
- ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die hier lebenden Flüchtlinge.

Außerdem fordern wir:

- dass die kurdische Sprache und Kultur endlich auch in Deutschland anerkannt werden

Liebe Berlinerinnen und Berliner

Die meisten der hier lebenden Kurdinnen und Kurden stammen aus der Türkei.

Der türkische Staat führt seit Jahrzehnten einen brutalen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Die türkische Armee hat systematisch Zehntausende kurdische Dörfer zerstört und Tausende Zivilisten ermordet. Gewählte kurdische Abgeordnete werden bis heute aus dem Parlament heraus verhaftet und gefoltert.

Zuletzt wurde die prokurdische DTP verboten, weil sie für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage eintrat und sich weigerte, die PKK als „terroristisch“ zu verurteilen.

Bei all diesen Menschenrechtsverletzungen hat der türkische Staat starke Verbündete: Die Bundesregierung und deutsche Konzerne.

Bis heute ist die Türkei der wichtigste Abnehmer deutscher Waffensysteme. Deutsche Panzer und Gewehre werden bei der Zerstörung von kurdischen Dörfern eingesetzt. Türkische Polizisten, die kurdische Proteste ebenso wie Gewerkschaftsdemos niederknüppeln, werden auch in Deutschland ausgebildet.

Aber Merkel kümmern keine Menschenrechtsverletzungen, wenn dadurch die Profite deutscher Konzerne gesichert werden. Die Bundesregierung unterstützt die Türkei wegen der geostragischen Bedeutung der kurdischen Gebiete:

In der kurdischen Osttürkei befinden sich Militärflughäfen für die NATO-Kriege in der Region. Durch kurdisches Siedlungsgebiet verlaufen die Nabucco-Gaspipeline und Pipelines aus dem Kaukasus und dem Irak.

Mitverantwortlich für die Militarisierung der Region und die Unterdrückung der dort lebenden Menschen sind dieselben Konzerne, die hier die Wasser- und Energiepreise in die Höhe treiben. Der deutsche Energieriese RWE zum Beispiel, der mit 16,7 % an der Nabucco-Pipeline beteiligt ist.

Aber auch diese Konzerne sind verwundbar: Jahrelange Proteste haben z.B. die deutsche Beteiligung am Ilisu-Staudamm-Projekt verhindert.

Und derzeit läuft in Berlin ein Volksbegehren u.a. gegen RWE wegen der Geheimverträge bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Jeder, der sich gegen die Unterdrückung der Kurden einsetzt, sollte das Volksbegehren unterschreiben und weiterverbreiten. Unterschriftenlisten und weitere Infos gibt es am Stand der LINKEN.